

Richard Gerster

Elemente einer entwicklungspolitischen Standortbestimmung

Die politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen der letzten Jahre bedeuten eine neue Herausforderung für die Menschheit und ihre Völker im Norden und Süden der Erde. Hier wie dort sind Bewußtseinsbildung, Strukturänderungen, Bereitschaft zur Partnerschaft u. ä. erforderlich – Aufgaben, an denen sich Kirchen und Christen beteiligen müssen. Dafür sind Kenntnisse erforderlich, wie sie hier knapp zusammengefaßt präsentiert werden. Menschen guten Willens werden an ihrem jeweiligen Ort Konsequenzen daraus ziehen können.

red

1. Der Wandel der entwicklungspolitischen Agenda

In den siebziger Jahren propagierte der Süden eine „Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO)“¹. Deren Entwurf entstand auf dem Hintergrund der gravierenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und war Gegenstand der UNO-Generalversammlung vom Mai 1974, welche eine „Erklärung über die Errichtung einer NIWO“ verabschiedete, der im Herbst gleichen Jahres die „UNO-Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ folgte.

Obschon die Wohlstandskluft alles andere als beseitigt ist, ist die NIWO heute auf der internationalen Bühne kein Thema mehr, um das gerungen wird. Selbst prominente Südvertreter wie Mabub ul Haq, heute UNDP-Berater, wenden sich gegen eine Wiederaufnahme der NIWO-Agenda: „Nachdem ich acht Jahre als Planungs- und Finanzminister Pakistans verbracht habe, könnte ich nicht mit gutem Gewissen behaupten, unsere internen Probleme entstehen aufgrund externer Schwierigkeiten. Wir schaffen viele dieser Probleme selber. Wir werden nie in der Lage sein, unsere Kämpfe an der externen Front zu gewinnen, außer unsere internen Ordnungen werden gestärkt. . . . Man verhandelt eine Neuordnung

aus einer Position der Stärke, nicht der Schwäche heraus.“²

Zuoberst auf der internationalen entwicklungspolitischen Agenda steht vielmehr das Thema der Strukturanpassung, die Frage also, wie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen im Süden besser an die bestehende Weltwirtschaftsordnung angepaßt werden können. Es ist wohl unnötig zu sagen, daß diese vom Norden und seiner Wirtschaftskraft geprägte Ordnung im Süden oft als Unordnung empfunden wird. Bei allem Reformbedarf im Süden, der unbestrittenermaßen existiert, ist eine allein auf Strukturanpassung verkürzte entwicklungspolitische Agenda wenig erfolgverheißend.

2. Der politische Wandel

Auf der politischen Ebene ist zweifellos das Ende der Ost-West-Konfrontation das herausragende Ereignis der letzten Jahre. Was heißt das für die Nord-Süd-Beziehungen? Als vorläufigen Ersatz erleben wir eine globale Politik, die von Ex-US-Präsident George Bush als „*Neue Weltordnung*“ etikettiert wurde. In Wirklichkeit handelt es sich aber um eine sehr USA-zentrierte Großmachtpolitik, wie die Aktionen im Irak oder die Untätigkeit in Bosnien zeigen. Der Premierminister von Malaysia hat vor der UNO-Generalversammlung – als eine Stimme unter vielen aus dem Süden – Bushs „*Neue Weltordnung*“ als Rückkehr zur kolonialen Ära gebrandmarkt.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation macht eine *Friedensdividende* möglich, und zwar erlaubt die Entspannung sowohl im Süden wie im Norden eine Verringerung der Militärausgaben zugunsten von zivilen Aufgaben. Die globalen Militärausgaben sind zwar seit 1987 um 240 Mrd. Dollar gefallen, doch ist der Rüstungswettlauf im Süden nicht beendet, und im Norden ist die Friedensdividende in der Regel anderen Aufgabenbereichen als der Entwicklungszusammenarbeit zugeflossen.

Das Ende des Kalten Krieges macht aber auch eine *qualitative Reform der Entwicklungszusammenarbeit* möglich. Die Großmächte haben ihre Entwicklungshilfe lange als außenpolitisches Instrument zur Ab-

¹ Vgl. Hans-Balz Peter – Hans Ruh – Rudolf Höhn, Die Neue Internationale Wirtschaftsordnung – Test für die Schweiz, Institut für Sozialethik, Studien und Berichte 26/27, Bern/Lausanne 1979.

² Mabub ul Haq, The Future of North-South Relations, mimeographed Keynote address to the IPS Council, Rome 27 April 1993.

sicherung von Einflußsphären eingesetzt. Jetzt können die Länderprioritäten neu gesetzt werden, indem zum Beispiel demokratisch legitimierte, reformfreundige Regierungen in ihren Anstrengungen unterstützt werden. Es ist kein Zufall, daß heute die Frage der guten Regierungsführung („Good Governance“) weit oben auf der internationalen entwicklungspolitischen Agenda steht, während zuvor die gleiche Fragestellung als Einmischung in die internen Angelegenheiten höchst verpönt war. Zur „Good Governance“ gehört unter anderem wiederum das Ausmaß der Militärausgaben, damit eine Friedensdividende im Süden selber auch Platz greift. Daß bei der „Good Governance“ eine Gratwanderung angesagt ist und das Thema allzuleicht unbesehen zum Exportvehikel westlicher Werte mißbraucht werden kann, darf von ernsthaften Bemühungen nicht abhalten. Den privaten Hilfswerken und Menschenrechtsorganisationen ist dieses Thema übrigens altvertraut, weil man nie außenpolitischer Rücksichtnahme verpflichtet war.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat im Süden die Möglichkeiten verringert, die Großmächte wie bis anhin gegeneinander auszuspielen und so vielleicht zusätzliche Ressourcen herauszuholen. Entwicklungszusammenarbeit hat die Rolle als Instrument im Kampf gegen den Kommunismus bzw. Kapitalismus verloren; die Länder des Südens haben als Bollwerke gegenüber dem geopolitischen Gegner ausgespielt. Auf der anderen Seite hat das Beispiel Osteuropas *demokratischen Bewegungen namentlich in Afrika neuen Mut gegeben*. Wenn zum Beispiel in Zambia die Opposition demokratisch an die Macht gekommen ist, so war dies mit klaren wirtschaftlichen Hoffnungen verknüpft. Das Ausland müßte einen derartigen Neubeginn tatkräftig unterstützen.

Der Süden als gebündelte politische Kraft existiert nicht mehr. Die Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas haben zwar ein selbstbewußtes Auftreten. Die Grenzen der Macht der ressourcenreichen Länder, namentlich der OPEC, sind jedoch deutlich geworden. Und der Rest der Welt stößt mit wenigen Ausnahmen wie Indien und China auf Desinteresse und hat jegliche Verhandlungsmacht eingebüßt. Mit dem Zerfall der Blöcke ist der Existenzgrund der Bewegung

der blockfreien Staaten in Frage gestellt, und eine dritte Welt ist nach dem Zerfall der zweiten kein politisches Programm mehr.

3. Der wirtschaftliche Wandel

In den letzten zwei Jahrzehnten sind große Teile des Südens *weltwirtschaftlich marginalisiert* worden. In Lateinamerika und Afrika gelten die achtziger Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“, weil die Verarmung breiter Schichten im Gefolge der Schuldenkrise die sozialen Fortschritte der siebziger Jahre wieder zunichte gemacht hat. Unter anderem infolge fallender Rohstoffpreise hat sich der Anteil Afrikas am Welthandel dramatisch verringert. Die rund 500 Millionen Menschen Afrikas südlich der Sahara erwirtschaften ein Volkseinkommen, das geringer ist als jenes der 6,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz. Zweifellos haben die Regierungen der Entwicklungsländer selber ihren Anteil an den Ursachen des wirtschaftlichen Krebsganges. Aber der Protektionismus im Norden und die weltwirtschaftlichen Spielregeln sind ebenfalls erstrangige Entwicklungshürden. Dieser Gesamteinschätzung widersprechen die wirtschaftlichen Erfolge einzelner Schwellenländer nicht. Die sogenannten Weltwirtschaftsgipfel der G-7 (USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada) machen die Marginalisierung augenfällig: Drei Viertel der Welt sind vom Dialog ausgeschlossen, wohl aber von allfälligen Resultaten betroffen.

Die hartnäckige Erwerbslosigkeit hat sich nicht nur im Süden, sondern auch im Norden trotz der wirtschaftlich goldenen achtziger Jahre verbreitet und auch auf die Schweiz übergegriffen. Diese ist bei 4,4% Arbeitslosen angelangt, in Europa sind es durchschnittlich 12%, in den USA 6,5%, in Japan 2,6%; nach OECD-Schätzungen betrifft es 1994 rund 36 Mio. Menschen in den Industrieländern. *Wachstum ohne Arbeitsplätze* infolge produktivitätssteigernder neuer Technologien charakterisiert heute die Industriegesellschaften, soweit nicht ohnehin Rezession vorherrscht. Die Marginalisierung von Bevölkerungsschichten durch die neue Armut und die Erwerbslosigkeit ist auch im Norden zu einer bedeutenden gesellschaftlichen Erscheinung geworden. Die zunehmende Desintegration nach innen ge-

fährdet die Integration nach außen. Solidarität nach außen setzt eine Sozialpolitik nach innen voraus, sonst ist sie politisch nicht tragfähig. Zudem kann der Norden mit seiner arbeitssparenden Technologie letztlich die Probleme im Süden nicht lösen, wenn es Hunderte von Millionen von Arbeitsplätzen zu schaffen gilt.

Die *Globalisierung der Märkte* hat sich in den letzten Jahren in vielen Bereichen durchgesetzt. Davon profitieren in erster Linie die Spitzenreiter, die transnationalen Konzerne der Industrieländer. Der wirtschaftsschwächere Süden sieht sich hingegen sehr rasch einer weltweiten Konkurrenz ausgesetzt, die nicht nur die Produktion selber, sondern auch die Produktionsstandorte betrifft. Diese Konkurrenz beschneidet den volkswirtschaftlichen Nutzen, den ein Land aus der Anziehung neuer internationaler Investitionen ziehen kann, weil z. B. ruinöse Steuervergünstigungen gewährt werden müssen, um im Rennen zu bleiben. Parallel zur wirtschaftlichen Globalisierung müssen wir jedoch auch ein Wiedererwachen des Nationalismus und Regionalismus feststellen.

In den letzten Jahren hat parallel zur Globalisierung der Märkte eine *Internationalisierung der Innenpolitik*³ stattgefunden. Das Ringen um den Europäischen Wirtschaftsraum oder im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT hat insofern eine neue Qualität, als über zahlreiche Gegenstände, von der Behandlung ausländischer Investitionen über touristische Dienstleistungen bis zum Handel mit tropischen Produkten, gleichzeitig verhandelt wird. Dies führt zu Konzessionen quer durch die Bereiche hindurch, indem beispielsweise der Agrarschutz zugunsten des Industriestandortes verringert wird. Gleichzeitig streitet man nicht nur über den traditionellen Abbau von Zollschränken, sondern Verhandlungsgegenstand ist oft die interne Gesetzgebung, soweit sie handelspolitisch relevant ist. Zwar bleibt beim Parlament oder Volk formell das letzte Wort, doch faktisch übernehmen die Handelsdiplomaten gesetzgeberische Funktionen, weil nur das Gesamtpaket gebilligt oder verworfen werden darf. Der wirtschaftlich starke Nor-

den kann so die Souveränität ökonomisch schwächerer Partner unterlaufen: Der Norden versucht beispielsweise einen universellen minimalen Patentschutz seiner Erfindungen durchzusetzen, auch wenn dies den aktuellen Eigeninteressen vieler Entwicklungsländer gar nicht entspricht. Diese Internationalisierung der Innenpolitik ist zum Nachteil des wirtschaftlich schwächeren Südens, und die schleichende Entdemokratisierung ist ein ungelöstes staatspolitisches Problem.

4. Der ökologische Wandel

In ökologischer Hinsicht hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die *industrielle Wirtschaftsweise in ihrer heutigen Form nicht globalisierungsfähig* ist. So hat beispielsweise ein Wirtschaftsunternehmen wie die Bank Julius Bär in ihrem Wochenbericht vom 6. Juli 1989 geschrieben: „In den Industrieländern stellte es sich allmählich heraus, daß das quantitative Wirtschaftswachstum verbunden ist mit einem enormen Verbrauch an nicht vermehrbaren Ressourcen aller Art. Tatsächlich beruhte die Produktivitätssteigerung herkömmlicher Art zu einem nicht geringen Teil auf dem Einsatz von Energieträgern und damit auf dem Verzehr von geologischem Kapital, das nicht wieder nachwuchs. Dieser ‚Raubbau‘ bezog sich auch auf Tier- und Pflanzenarten, auf die Auslaugung des Bodens, das Abholzen der Wälder und die Verringerung des Fischbestandes der Gewässer. . . . Sollte die Politik des Südens sich in jenen Bahnen vollziehen, die seinerzeit der Norden einschlug, so wäre damit die Tragfähigkeit des Ökosystems der Erde überfordert. Daraus ergibt sich eine zwingende Schlußfolgerung: Die wirtschaftliche Entwicklung darf eben nicht in jenen Formen vor sich gehen, die sie in den alten Industrieländern angenommen hat. . . . In diesem Lichte betrachtet, erscheint die Nachahmungsstrategie für Entwicklungsländer ebenso fragwürdig wie die Tendenz der Industriestaaten, jene dazu zu ermuntern.“

Mit anderen Worten: Weil die Nachahmungsstrategie der Entwicklung in eine ökologische Sackgasse führt, hat der *Norden seinen Glanz als Vorbild eingeblüht*. Weil der Norden bei den globalen ökologischen Problemen Hauptverursacher bzw. Täter ist, ist

³ Franz Blankart, Strategische Gedanken zur Außenwirtschaft, Vortrag vom 26. Mai 1993.

der *Änderungsbedarf bei uns* nicht zu übersehen. Eine Ökologisierung unserer eigenen Wirtschaft schafft nicht nur Glaubwürdigkeit, sondern auch die technische Basis, um gegenüber den Entwicklungsländern nicht mit leeren Händen dazustehen. Denn bekanntlich kann man nur das vermitteln, was man selber ist und hat.

Die Gefahr ist allerdings akut, daß die globalen Umweltprobleme zu einem neuen, *ökologisch begründeten Imperialismus* führen⁴. Dies ist z. B. der Fall, wenn widerborstigen Entwicklungsländern, welche sich den Folgerungen aus den neuen ökologischen Erkenntnissen nicht bedingungslos „unterwerfen“ wollen, mit Handelssanktionen gedroht wird. Als etwa Indien an der Umweltkonferenz des Europarates in Ottawa (NZZ 14. Juni 1990) mit guten Gründen für seine Mitwirkung beim Schutz der Ozonschicht zusätzliche Entwicklungshilfe forderte, wurde bei europäischen Politikern heftige Kritik laut, der Westen werde nicht den Weihnachtsmann spielen, und unbotmäßigen Ländern wurde mit Handelssanktionen gedroht.

5. *Der weltanschauliche Wandel*

Der Zusammenbruch des realen Kommunismus führte zu einem *ideologischen Durchbruch des Kapitalismus*. Wenn heute die Marktwirtschaft als Instrument wirtschaftlicher Entwicklung auf größere Akzeptanz stößt, so dürfen einige Fakten nicht übersehen werden.

– Der Norden betreibt *Marktwirtschaft von Fall zu Fall*. Sobald es ihm nützt, ist Protektionismus Trumpf: zum Beispiel im Agrarhandel, im Textilbereich, beim Erfindungsschutz durch monopolistische Patente oder der fehlenden Migrationsfreiheit der Menschen.

– Gerade einige wirtschaftlich erfolgreiche Schwellenländer wie z. B. Korea zeigen, daß eine *Kombination von Markt und Staatsintervention* erfolgversprechend ist. Wo Selbstlosigkeit und Gemeinschaft kulturelle Werte darstellen, kann das individualistische Gewinnstreben den wirtschaftlichen Erfolg nicht garantieren.

– Die Marktwirtschaft steht nicht im Dienste eines sozialen Ausgleichs, sondern *setzt im Gegenteil eine gleichmäßige Verteilung voraus*, damit die Grundbedürfnisse breiter gesellschaftlicher Schichten nicht systematisch diskriminiert werden.

Schon in den sechziger Jahren war die Marktwirtschaft als Entwicklungsidee sehr präsent; sie wurde in den siebziger Jahren aufgrund mäßiger Erfolge abgelöst durch vermehrten Staatsinterventionismus. Weil die Staatseingriffe oft überbordeten und zur Bürokratie entarteten, hat das heutige Recycling von marktwirtschaftlichen Ideen durchaus seine Berechtigung, aber mit einem Allheilmittel darf der Markt nicht verwechselt werden. Ohne starken Staat als Rahmenordnung verkommt die Marktwirtschaft zum Gesetz des Dschungels, wo der Stärkere regiert.

Die neuen Medien haben die Welt nachhaltig verändert: Die modernen Kommunikationsmittel sind das Vehikel für den *Siegeszug der westlichen Konsumgesellschaft*. Das Fernsehen propagiert auch weitab der sogenannten Zivilisation unseren Lebensstil, der oft durch stereotype Billigserien in stark verzerrter Form dargestellt wird, indem zum Beispiel der Arbeitsalltag ausgeblendet bleibt. Diese Ein-Weg-Kommunikation von Norden nach Süden verändert die kulturellen Werte und Aspirationen der Menschen im Süden, ohne ihnen gleichzeitig die Mittel in die Hand zu geben, um ihre veränderten Vorstellungen auch zu verwirklichen. Die Migration in die Städte und ins Ausland dürfte – soweit sie nicht in politischen Konflikten oder kriegerischen Ereignissen gründet – nicht einfach armutsbedingt sein, sondern wesentlich durch das Wissen um bessere Perspektiven andernorts entstehen.

6. *Standortbestimmung: Einige Elemente*

6.1 *Ziel des Südens ist die Konsumgesellschaft des Nordens*. In entwicklungspolitischen Kreisen hat man stets gehofft, daß der Süden andere als die westlichen Wege verfolgen wird. Zweifellos gibt es auch im Süden traditionell-ländlich oder progressivstädtisch geprägte Alternativ-Subkulturen, welche für Entwicklungszusammenarbeit attraktive Partner abgeben mögen. Es sind auch nicht alle kulturellen Werte auf das westliche Maß reduziert worden. Bei vielen

⁴ Chakravarthi Raghavan, *The New World Order and North-South Relations*, in: *Third World Resurgence* No. 9, Penang 1991, 16–20.

unserer Partner geht es nur um das menschenwürdige Überleben. Aber es ist nicht zu übersehen, daß die dominanten Leitbilder sich mehr denn je an der Konsumgesellschaft orientieren. *Die Opfer und Schattenseiten der Konsumgesellschaft bleiben dabei weitgehend ausgeblendet.*

6.2 *In der Perspektive einer globalen Konsumgesellschaft liegt die wahre entwicklungspolitische Provokation.* Denn unser Ideenexport selbstgenügsamer Lebensstile würde dem Norden faktisch die ungebremste Fortführung der ressourcenintensiven Wirtschaftsweise erlauben. Der Süden macht uns den Gefallen nicht, eigene wirtschafts- und entwicklungspolitische Wege zu beschreiten. Wir müssen akzeptieren, daß die Wahlfreiheit des Südens auch beinhaltet, dasselbe zu wollen wie der Norden. So wird die Fragwürdigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft im Norden offenbar. *Ein globalisierungsfähiger Entwicklungsweg und eine entsprechende Reformpolitik im Norden sind gefragt.*

6.3 *Nur ein kleiner Teil des Wohlstandes im Norden beruht auf einer wie auch immer garteten „Ausbeutung“ des Südens.* Der von UNDP⁵ geschätzte Einkommensentgang von 500 Milliarden Dollar/Jahr durch Protektionismus, durch eingeschränkte Migrationsmöglichkeiten, beim Technologietransfer, beim Handel mit Dienstleistungen, Kapitalabflüsse infolge der Verschuldung und Verluste durch Zinsdifferenzen entspricht zwar rund 17 Prozent des BSP aller Entwicklungsländer (ohne arabische Ölexporture), aber nur rund 3 Prozent des BSP im Norden. Zudem sind die UNDP-Berechnungen zum Teil recht gewagt; die Hälfte der 500 Milliarden Dollar beruht auf den volkswirtschaftlichen Rückwirkungen veränderter Migration. Während also der Schaden der Weltwirtschafts(un)ordnung im Süden beträchtlich ist, ist der Nutzen im Norden bescheiden. *Diese Überschlagsrechnungen zeigen, daß der Norden durchaus zu neuen weltwirtschaftlichen Spielregeln Hand bieten könnte, ohne seine Volkswirtschaften verbluten zu lassen.*

6.4 *Ohne eine tragfähige, landesinterne Wirtschafts- und Sozialpolitik im Süden gibt*

es keine Entwicklungserfolge. Gerade die Hilfswerke und ihre Partner im Süden sind in ihrer operationellen Arbeit oft direkt konfrontiert mit bürokratischen Hürden und Machtmißbrauch. Die große Bedeutung interner Faktoren ist auch erkennbar in der europäischen Vergangenheit und den wirtschaftlichen Erfolgen der Schwellenländer. Für Reformen in den Entwicklungsländern selber einzutreten zählt deshalb zwingend zur entwicklungspolitischen Agenda. Das „Wie?“ der Strukturanpassung verdient höchste Aufmerksamkeit; bleiben Reformen überhaupt aus, werden meist den Armen die größten Opfer abverlangt (z. B. Inflation). *Politikdialog und Konditionalität der Entwicklungszusammenarbeit müssen als positive Konzepte zur Unterstützung von entwicklungspolitischen Reformen eingesetzt werden.*

6.5 *In entwicklungspolitischer Hinsicht besteht nicht ein Zuviel, sondern ein Mangel an Eurozentrismus in dem Sinne, daß die europäischen Entwicklungserfahrungen allzuoft gründlich mißachtet wurden.* Die Kernfrage geht nach den historisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen von Entwicklung. Die relevante Frühphase der europäischen Industrialisierung gibt hier wichtige Hinweise⁶. Entwicklungschancen haben jene Gesellschaften, welche den Feudalismus einer kleinen Oberschicht überwinden und im Gefolge der Demokratisierung eine Umverteilung der Produktionsmittel, namentlich eine Landreform, durchführen. Breitenwirksame Fortschritte in der Arbeitsproduktivität werden so begleitet von wachsender Kaufkraft und der Entstehung eines Binnenmarktes. *Entwicklungspolitische Priorität hat in der Regel eine Agrarreform, eine Leistungssteigerung in der Landwirtschaft und eine damit gekoppelte Industrialisierung.*

6.6 *Eine entscheidende Rolle für Entwicklungserfolge spielt ein starker Staat.* Dies hat nichts mit der Staatsquote, der Normen-

⁵ Vgl. Ulrich Menzel, *Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas*, Frankfurt a. M. 1988; *ders.*, *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*, Frankfurt a. M. 1992; Dieter Senghaas, *Von Europa lernen*, Frankfurt 1982; Dieter Nohlen – Franz Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*. Band 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn 1993.

⁵ UNDP, Human Development Report, New York/Oxford 1992, 67.

dichte oder westlichen Staatssymbolen wie dem Präsidenten-Mercedes zu tun. Stark ist ein Staat dann, wenn seine Regierung Legitimität genießt, seine Gesetze akzeptiert werden und er sie im Konfliktfall durchsetzt. Das erzeugt Berechenbarkeit und Vertrauen. Ein despotisch-parasitärer Staat wie z. B. Zaire oder Haiti, welcher der Elite vor allem Zugang zu Macht und Privilegien bringt, kann nicht die gleiche Legitimität beanspruchen wie ein demokratischer Rechtsstaat, der für seine Bevölkerung da ist (Menzel 1992, 221). Das ist bei Politikdialog und Konditionalität zu beachten. Die westliche Idee des Rechtsstaates fußt auf historischen, gesellschaftlichen Voraussetzungen, welche andernorts erst errungen werden müssen. *Aufgrund sozialer Desintegration müssen wir uns jedoch nicht nur im Süden, sondern auch im Norden vermehrt darauf einrichten, in und mit schwächeren Staaten zu arbeiten.*

6.7 *Auch wenn ein starker Staat Rahmenbedingungen setzt, der Schlüssel zur Entwicklung liegt bei der Partizipation der Menschen.* Angesichts der Krise vieler Entwicklungsbestrebungen z. B. in Afrika oder bei Entwicklungsbanken war wohl der theoretische Konsens zum Prinzip der partizipativen Entwicklung noch nie so groß. Aber dem Volk zuhören ist für autoritäre Regierungen ein umwerfender Leitgedanke und für Entwicklungshilfegeber mit Exportinteressen oder außenpolitischen Zielen gleichermaßen unbequem. So klaffen Rhetorik und Realität noch weit auseinander. Die Rückbesinnung auf die Kernfunktionen des Staates eröffnet neue Spielräume privaten Handelns. *Die Herausforderung des Staates durch die privaten Organisationen im Norden wie im Süden liegt in ihrem volksnäheren Vorgehen.*

6.8 *Die weltweite Entwicklungshilfe macht nur einen Bruchteil dessen aus, was dem Süden durch die bestehende, vom Norden geprägte Weltwirtschaftsordnung an Einkommen entgeht.* Wie erwähnt, hat das Entwicklungsprogramm der UNO die Verluste aus der ungleichen Partnerschaft zwischen Nord und Süd für die Entwicklungsländer auf 500 Milliarden Dollar pro Jahr beziffert. Demgegenüber hat die Entwicklungshilfe im selben Referenzjahr 1990 nur 53 Milliarden Dollar bzw. 0,33% des Bruttosozialprodukts ausgemacht (OECD 1992). *Sogar die Ver-*

doppelung auf 0,7% des BSP gemäß UNO-Forderung würde den weltwirtschaftlichen Alibicharakter der Entwicklungshilfe nicht beseitigen.

6.9 *Wieviel Entwicklungsförderung wirklich kosten würde, demonstriert die Vereinigung von West- und Ostdeutschland.* Bildungsmäßig und von der Bevölkerungsentwicklung her steht das ehemalige Ostdeutschland weit besser als die Länder im Süden da; zudem hat es in keiner Weise mit Marktzugangsproblemen etc. zu kämpfen, wie das für Entwicklungsländer an der Tagesordnung ist. Trotzdem wendet Deutschland rund 5 Prozent seines Volkseinkommens pro Jahr (rund 150 Milliarden Mark) zur Unterstützung der 18 Millionen Menschen in den früheren ostdeutschen Bundesländern auf, mehr als weltweit für die 1,2 Milliarden Armen im Süden mit einem Prokopfeinkommen von weniger als 300 Dollar/Jahr zur Verfügung steht. *Diese Dimensionen zeigen, daß gegenüber dem Süden der politische Wille zu einer wirksamen Entwicklungszusammenarbeit bisher letztlich gefehlt hat.*

6.10 *Es ist eine Mißachtung elementarer politischer Mechanismen, wenn wir erwarten, daß eine allein auf Solidarität abgestützte Entwicklungspolitik mehr als marginale Bedeutung erlangen kann.* Solidarität mag ausreichen für die Verankerung der privaten Hilfswerke in der Bevölkerung; auf dem politischen Parkett genügt sie für die öffentliche Zusammenarbeit nicht, wenn sie keine Schönwetterveranstaltung bleiben soll. Die langfristigen Eigeninteressen der Industrieländer an der Südpolitik müssen klar formuliert werden, um so die gemeinsamen Interessen zwischen Nord und Süd zu erkennen. Bei den globalen ökologischen Problemen, bei den neuen Völkerwanderungen, im Verständnis von Sicherheit und Frieden sowie natürlich auf der wirtschaftlichen Ebene sind nicht nur, aber auch gemeinsame Interessen vorhanden. Der Einbezug von Eigeninteressen ist kein Freipaß für die Instrumentalisierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu artfremden Zwecken. *Es handelt sich um eine Gratwanderung mit Absturzgefahr zwischen den Bedürfnissen des Südens und des Nordens, welcher der Entwicklungspolitik eine neue Relevanz sichert.*

Monika Treber – Stefanie Ernst

Evaluierung christlicher Dritte-Welt-Gruppen

Ein Forschungsbericht

Viele engagierte Christen holen sich Motivation und Kraft für ihr Handeln in verschiedenen Gruppen. Die Prozesse, die hier ablaufen, besser zu verstehen, ist das Ziel des folgenden Beitrages. Mit der Konzentration der Untersuchung auf Dritte-Welt-Gruppen kann gezeigt werden, auf welcher vielfältigen Weise Christen unserer Wohlstandsländer zu einer positiven Entwicklung von Welt und Menschheit beitragen können. red

Zu den Problemanzeigen der modernen Gesellschaften gehört die Vermutung einer Erosion gemeinsamer Geltungsbegründungen für gesellschaftsethisches Handeln, ja die Behauptung, daß der Individualisierungsschub, der sich in den modernen westlichen Gesellschaften seit 1945 vollzieht¹, und die damit einhergehende Aufzehrung von Traditionsbeständen sozialmoralischer Milieus zu einem Verlust von Solidarität als Handlungspotential überhaupt führen könnte.²

Unübersehbar ist, daß die neue Phase der Modernisierung in den westlichen Gesellschaften mit einer Tendenz zur Auflösung der weltanschaulich geprägten sozialen Milieus einhergeht. Die Anhebung des Lebensniveaus, gegründet auf Produktivitätssteigerung und wohlfahrtsstaatliche Absicherung, hat einer großen Mehrheit der Bevölkerung bisher nicht gekannten Spielraum für individuelle Lebensführung verschafft. Verbunden mit der Verallgemeinerung der arbeitsmarktabhängigen Existenzform und den damit verbundenen Zwängen zur Mobilität entsteht, was U. Beck als bestimmenden Modus der fortgeschrittenen Moderne behauptet:

¹ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986, 116 ff.

² Zugespielt liegt diese These dem Diskurs der sogenannten Kommunitarier und ihrem Anspruch, die Notwendigkeit und Möglichkeit von Gemeinschaft neu zu begründen, zugrunde. Vgl. hierzu: Robert N. Bellah, Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft, Köln 1987; ferner: Christel Zahlmann, Kommunitarismus in der Diskussion, Berlin 1992.

tet: die Individualisierung von Lebenslagen und Biographien infolge der Herauslösung der Individuen aus historisch vorgegebenen Sozialformen, des Verlusts traditioneller Sicherheiten, gestützt durch geteilte Sinnsysteme, und einer neuen Art der sozialen Kontrolle und Einbindung (Beck 206). Nach dem Schicksal der „Ressource Solidarität“ fragen heißt also zunächst zu konstatieren, daß sie ihre enge Verknüpfung mit den Plausibilitäten sozialmoralischer Milieus verliert – ortlos wird. Es bedeutet darüberhinaus, nach den Chancen ihrer Restrukturierung in neuen Formen sekundärer Vergemeinschaftung, die unter den Bedingungen von Individualisierung gewählt werden, zu fragen.³

Ein Versuch solchen Nachspürens in soziologisch-empirischem Interesse soll im folgenden vorgestellt werden. Am Beispiel der Solidarität für die Bedürfnisse von Bevölkerungsmehrheiten in der sogenannten Dritten Welt, praktiziert von Gruppen, denen die Bezugnahme auf den Rahmen kirchlich verfaßter Religiosität gemeinsam ist, soll gezeigt werden, wie sich neue Muster der Verbindung von religiöser Sinnstiftung und gesellschaftsethischem Handeln in sekundären Formen der Vergemeinschaftung ausbilden. Zunächst werden die theoretischen Überlegungen und die zentrale These, die der Untersuchung zugrunde liegt, kurz skizziert. Daran schließen sich einige Erläuterungen zu der methodischen Vorgehensweise an. An einigen Beispielen aus der Untersuchung sollen schließlich erste Einsichten zum Problemzusammenhang präsentiert werden.⁴

1. Differenzierung der Sozialformen des Christentums

Individualisierung als Kennzeichen der entfalteten modernen Gesellschaften wird in der Religionssoziologie unter zwei Perspek-

³ Beispielhaft hierfür die Veröffentlichung: Friedrich-Ebert-Stiftung, Individualisierung und Solidarität. Über die Gefährdung eines Grundwerts, Bonn 1993.

⁴ Das Projekt „Evaluierung christlicher Dritte-Welt-Gruppen“ wird unter Leitung von Prof. Dr. Karl Gabriel im Auftrag der „Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben“ der Deutschen Bischofskonferenz an der Katholischen Fachhochschule Norddeutschland, Abteilung Osnabrück, durchgeführt. Projektende ist August 1994.